

Presseerklärung –Allmende

23.11.2011, Berlin

Der Staat ist verantwortlich für die rassistischen Morde

Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Yunus Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat wurden zwischen den Jahren 2000 und 2006 von Neofaschisten aus nächster Nähe hingerichtet, weil sie die „Anderen“ waren.

Das ist für uns Migrantinnen und Migranten nicht neu. Wir haben weder Mölln 1992, noch Solingen 1993 vergessen. Diese schrecklichen Ereignisse in Deutschland sind die Folgen der deutschen Migrationspolitik, die ausgrenzend und rassistisch ist. Diese rassistische Politik der bisherigen Regierungen erklärt Migrantinnen und Migranten zur Zielscheiben.

Neu ist nur, dass die Verflechtung zwischen Teilen des Staatsapparats und den rechtsradikalen Mördern aufgeflogen ist, und daher heute darüber öffentlich gesprochen wird.

Nachdem, was jetzt bekannt wurde, gab es zu Beginn der Morde eindeutige Spuren, die Hinweise ins rechtsextreme Milieu gegeben haben. Diese wurden aber nicht verfolgt. Rassistische Motive wurden von der Politik, von den Ermittlern und von den Journalisten bewusst außer Acht gelassen. Nach Angaben der Behörden waren die Opfer in irgendwelcher organisierter Kriminalität aus der Türkei verwickelt. Mit der Benennung der Sonderkommission „Bosporus“ wurde versucht diese These zu stärken. Sogar die Angehörigen der Opfer wurden unter Verdacht gestellt. Selbst, wo es jetzt feststeht, dass diese Menschen aus rassistischen Gründen ihr Leben verloren haben, wird von „Döner-Morden“ gesprochen. Das beweist noch einmal wie stark auch der latente Rassismus in der Gesellschaft verankert ist.

Was passiert seit dem 04. November?

Merkel, Westerwelle und eine Reihe anderer Politikerinnen und Politiker vermeiden bei ihren Reden weiterhin von Rechtsextremismus zu sprechen. Schließlich geht es nicht um Menschen, also um die „Anderen“, sondern um das Ansehen und den guten Ruf des Landes.

Unter den Politikerinnen und Politikern gibt es eine Art Ideenwettbewerb. Wieder ist politischer Aktionismus an der Tagesordnung: Die NPD soll verboten werden. Es soll eine Zentraldatei eingeführt werden oder es ist die Rede von einem Abwehrzentrum.

Und die Sicherheitskräfte sollen mehr Befugnisse bekommen. Diese Ideen, die eher von wahren Tatsachen abhalten sollen, sollen in Zukunft das „Versagen“ oder die „Pannen“ im Sicherheitssystem verhindern.

Wir fordern politische und personelle Konsequenzen:

- Statt Aktionismus fordern wir eine lückenlose und schnelle Aufklärung: Wir wollen wissen, inwieweit die Sicherheitsbehörden an den Morden beteiligt waren.
- Deutschland ist ein Einwanderungsland. Diese gesellschaftliche Realität muss sich im Grundgesetz wiederfinden.
- Gesetze, die speziell für „Ausländer“ gedacht sind, ebnen den Boden zum Rassismus. Sie müssen abgeschafft werden.
- Wir fordern die Abschaffung des Verfassungsschutzes, der rechtsradikale Parteien und rechtsextreme Mörder finanziert und somit für uns eine Gefahr darstellt.
- Wir vertrauen dem Staat nicht. Die bisherigen Regierungen haben sich ausschließlich mit den Linken und den „Islamisten“ beschäftigt und dabei die Augen vor dem Rechtstextremismus geschlossen. Nach den Angaben der Amadeu-Antonio-Stiftung haben nach der Wiedervereinigung 182 Menschen durch rechte Gewalt ihr Leben verloren. Die Bundesregierung verschönert die Zahl auf 48. An wie vielen Morden der rechte Terror wirklich die Schuld trägt, ist für uns Migrantinnen und Migranten nach den neuesten Informationen unbekannt. Wir müssen davon ausgehen, dass noch weitere Naziterrorgruppen wie die NSU existieren. Wir fordern Klarheit über die tatsächliche Zahl von Verbrechen rechter Gewalt.
- Seit vielen Jahren werden Gelder der Projekte gekürzt, die sich gegen Rechts richten. Sie bekommen keine Förderung, wenn sie nicht eine so genannte Extremismusklausel unterschreiben. Wir fordern die Stärkung der Projekte und Organisationen gegen Neofaschismus und rechtsextreme Gewalt und die politische Anerkennung von zivilgesellschaftlichem Engagement gegen Rechts.

Wir trauern mit den Angehörigen der Opfer und wünschen ihnen viel Kraft.